



Antrag

der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW

Menschenwürdige Unterbringung sichern!

Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Kommunen bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen aktiv zu unterstützen und in Zusammenarbeit mit den Kommunen ein kurzfristig wirkendes und dauerhaft einsetzbares Konzept zu entwickeln und fortzuschreiben, dass die Unterbringung von Flüchtlingen in Schleswig-Holstein sicherstellt. Insbesondere muss hierbei die Unterbringung in den Kommunen auch dann gesichert sein, wenn absehbar oder auch kurzfristig die Zahl der Flüchtlinge, z.B. aktuell aus Syrien, deutlich ansteigt.

Zudem sollte unter Federführung der Landesregierung ein regelmäßiger Austausch von Erfahrungen zwischen den Kommunen untereinander und zwischen Kommunen und Land sichergestellt sein, damit hieraus resultierende Synergieeffekte genutzt werden können.

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag halbjährlich Bericht zu erstatten.

Begründung

Die Zahl von Flüchtlingen ist deutschlandweit und auch in Schleswig-Holstein stark gestiegen. Die Aufnahmekapazitäten der zentralen Erstaufnahmeeinrichtung in Neumünster sind weitgehend ausgeschöpft, ebenso drohen in den Kommunen Kapazitätsengpässe.

Vor allem die endgültige Unterbringung von Flüchtlingen in den Kommunen stellt diese vor erhebliche Herausforderungen, wenn, wie derzeit, die Zahl der Flüchtlinge deutlich ansteigt.

Um kurzfristig, aber insbesondere auch für die Zukunft in Zeiten starker Flüchtlingsströme die menschenwürdige Unterbringung und die notwendige Betreuung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein sicherzustellen, ist es daher erforderlich, dass Land und Kommunen gemeinsam Konzepte entwickeln, die Unterbringungsproblemen entgegen wirken. Dies betrifft nicht allein die Frage der reinen Räumlichkeiten für die Unterbringung, sondern auch der Betreuung von Flüchtlingen vor Ort. Die Kommunen dürfen hier nicht allein gelassen werden.

Eine gemeinsame Strategie von Land und Kommunen und ein regelmäßiger Austausch stellen sicher, dass Synergieeffekte und positive Erfahrungen genutzt werden können.

Astrid Damerow
und Fraktion

Serpil Midyatli
und Fraktion

Eka von Kalben
und Fraktion

Wolfgang Kubicki
und Fraktion

Angelika Beer
und Fraktion

Lars Harms
und die Abgeordneten des SSW